

## „Ein Gebot rationaler Vernunft“

Der Flughafen Tempelhof und sein Feld spiegeln seit jeher die Entwicklung dieser Stadt wider. Er war ein Ort der Hoffnung für die Bewahrung der Freiheit und wurde mit der Luftbrücke zu eben jenem Symbol, dem sich so viele Berlinerinnen und Berliner bis heute verbunden fühlen.

In diesen Monaten, wo sich wieder einmal die Lebenswirklichkeit dieser Stadt und unseres ganzen Landes verändert, ist er erneut ein Ort von entscheidender Bedeutung und einer Auseinandersetzung, die unsere Stadt bewegt.

Ausgangspunkt ist die Entscheidung des Senats und die ihn tragenden Koalitionsfraktionen, das sogenannte „Volksgesetz“ zum Tempelhofer Feld für die temporäre Unterbringung von Flüchtlingen zu ändern.

Diese eröffnet nicht nur eine scharfe Auseinandersetzung über Notwendigkeiten und demokratische Legitimationen, sondern eine hochinteressante Frage über das Verhältnis von parlamentarischer und direkter Demokratie.

### „Was als sicher galt, stand plötzlich in Frage“

740.000 Berlinerinnen und Berliner - etwa 1/3 aller Stimmberechtigten - votierten am 25. Mai 2014 gegen die Pläne des Senats zur teilweisen Bebauung des Tempelhofer Feldes. Es ist ohne jeden Widerspruch ein starkes Votum mit unmittelbaren Folgen für die gesamte Stadt. Für Politik und Stadtgesellschaft war zu diesem Zeitpunkt klar, dass dieser Streitpunkt auf Jahre entschieden ist. Dass dieses Gesetz nun bereits nur 1 ½ Jahre später zur Disposition stehen muss, haben sich wohl weder Senat noch Bevölkerung träumen lassen. Aber die Flüchtlingskrise und die damit verbundene Wucht in der Anzahl hinzukommender Menschen, stellt Berlin, wie unser ganzes Land, vor eine logistische, soziale und gesellschaftliche Herausforderung - die in diesem Jahrhundert bisher beispiellos ist.

Jede Vorstellung, ob über bisherige Baustandards, die Einhaltung von Verwaltungsvorschriften und – verfahren bis zur Zielsetzung kleiner dezentraler Einrichtungen, wurden von der Realität eingeholt, überholt und als untauglich enttarnt.

Im Gegenteil, der heranrückende Winter und die Prognosen der Flüchtlingszahlen machten klar, dass man bisher sicher Geglaubtes in Frage stellen musste.

Dies reichte in der Folge von massiven Umstrukturierungen der Verwaltung, Kompetenzerweiterungen und Verlagerungen, dem Einsatz der Bundeswehr, der Änderung gesetzlicher Vorschriften bis zur Belegung von Turnhallen und des ehemaligen Flughafens sowie dem Plan, Teile des „Tempelhofer Feldes“ zu nutzen.

Bei aller Hilfsbereitschaft und Solidarität der Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner tut sich insbesondere gegenüber der Nutzung des Feldes ein Widerstand auf, wo manch einer sich nur verwundert die Augen reiben kann.

Die Initiative 100-Prozent-Tempelhof und jene, die strikt gegen eine Nutzung sind, eröffnen dabei eine Argumentationslinie, die von organisatorischen Bedenken, über Legitimationsbedenken des Parlamentes bis zur Behauptung, das geänderte Gesetz wäre unumkehrbar, reichen. Genauso führen einige ins Feld, der Senat wolle über die Flüchtlingsproblematik nur nachträglich triumphieren und fordern jede Form von Großeinrichtung einzustellen und die geflüchteten Menschen in eigene Wohnungen unterzubringen.

### „Wir müssen uns der Lebenswirklichkeit stellen“

Ohne jeden Widerspruch ist deutlich: Senat und Parteien stehen in der Pflicht, durch Konzeption, Erklärung und Transparenz Nachvollziehbarkeit und Vertrauen zu schaffen.

Aber jede und jeder von Steglitz bis Pankow – von Treptow bis Spandau muss sich klar sein, dass die Unterbringung von siebzig-, achtzig- oder über hunderttausend Flüchtlingen neben einem „normalen Zuzug“ von ebenfalls zehntausenden Menschen kein Staat, keine Stadt, keine Verwaltung mal eben aus dem Handgelenk schüttelt.

Die Argumentation der großen Alternative, die in den gemeldeten Liegenschaften bzw. Immobilien durch Bezirke und Bund an dem Senat liegt, hält einer nüchternen Betrachtung genauso wenig stand, wie die Behauptung, man könne sofort alle geflüchteten Menschen in städtischen Wohnungen unterbringen.

In der Tat gibt es eine Vielzahl von Liegenschaften und Immobilien, die in der Prüfung stehen bzw. bereits hergerichtet werden. Aber zu meinen, jede davon wäre geeignet oder sofort verfügbar, dürfte sich dem nüchternen Betrachter als unhaltbar erschließen. Bürogebäude beispielsweise verfügen zwar über Räumlichkeiten, aber nicht über ausreichend Sanitäranlagen. Andere Gebäude sind sanierungsfällig oder schadstoffbelastet und wieder andere Gebäude haben erhebliche Mängel in Fragen des Brandschutzes. Natürlich wird man Liegenschaften und Immobilien nutzen müssen, aber für viele wird es Zeit benötigen, diese so herzurichten, dass sie nutzbar sind. Selbst wenn man die mit Stand Ende des Jahres gemeldeten Immobilien sofort nutzbar machen könnte und mit jeweils 500 Menschen belegt (eine geschätzte Gesamtkapazität von fiktiv etwas über 20.000 Plätzen), wären diese binnen eineinhalb bis zwei Monaten belegt.

Hinsichtlich der kompletten Unterbringung geflüchteter Menschen in eigenen Wohnungen, würde reichen, auf die Tatsache eines städtischen Leerstandes von 2 % (was als kritisch gilt) zu verweisen. Dabei wirkt die geschätzte Zahl von etwas über 40.000 Wohneinheiten als beachtliche Zahl. Gleichwohl stellt sich hier die Frage, was davon echter Leerstand, was Leerstand aufgrund von Sanierungsbedarfen, Leerstand durch Wohnungswechsel und sogenannter spekulativer Leerstand ist?

Diese Differenzierung ist notwendig, denn erst aus ihr ergibt sich die Zahl der tatsächlich verfügbaren Wohnungen. Selbst wenn am Ende 20.000 Wohneinheiten übrig bleiben, ist die viel wesentlichere Frage, ob man jede Wohnung davon in Anspruch nehmen kann? Wir werden es bei spekulativen Leerstand, in dem es nur um das Ziel von unsozialer Preissteigerung geht, mehrheitlich bejahen. Eine Maßnahme, die der Senat bereits verfolgt. Wir werden es auch bejahen für eine prozentuale Quote der städtischen Sozialwohnungen.

Die Forderungen nach sofortiger Schließung von Großeinrichtungen im Verbund mit der Forderung nach vollständiger Unterbringung im regulären Wohnungsmarkt lässt das soziale Herz höher schlagen. Natürlich ist die Unterbringung in eigenen Wohnungen oder kleineren Einrichtungen eine deutlich bessere Vorstellung.

Wer dies aber in dieser Form insbesondere mit dem Wort „sofort“ fordert, muss sich vor Augen führen,

dass er damit den regulären Wohnungsmarkt zum Erliegen bringt. Ein Umzug, weil sich die eigenen Lebensumstände ändern, z.B. Familienvergrößerung, Trennungen, neue Jobs, Auszug aus Studentenwohnheimen in eigene Wohnungen, wäre faktisch blockiert. Dies würde das demokratische und soziale Gefüge der Stadt Berlin schwer gefährden. Sozial ist darin nichts. Es zeigt den Mangel an Vorstellungskraft gegenüber der Dimension der Aufgabe der Flüchtlingsbewältigung bzw. teilweise schlichtweg Ignoranz der Realitäten. Ohnehin scheint es bei einigen getreu dem Motto zu gehen: „Alles muss sich verändern! Nur nicht ich und schon gar nicht vor meiner Haustür.“

Größere Einrichtungen anzustreben, ist keine Traumvorstellung. Sie sind aber ein Gebot der rationalen Vernunft, um denen zu helfen, die Hilfe benötigen und um gleichzeitig den sozial-gesellschaftlichen Frieden zu wahren.

Der wesentliche Faktor in Bezug auf regulären Zugang und ankommende Flüchtlinge sowie dem resultierenden Bedarf an Unterbringung und sonstiger Infrastruktur, ist und bleibt Zeit. Wenn wir wissen, dass in den nächsten Wochen und Monaten weitere zehntausende Menschen kommen, wirkt die Diskussion vielleicht theoretisch legitim, aber sie hält den Anforderungen der Realität nicht stand. Hätte man damals bei der Hamburger Sturmflut Theoriediskussionen über Zuständigkeitsberechtigungen geführt, würden die Geschichtsbücher anders aussehen. Die Menschen aus Syrien und anderen Ländern werden in ihrer Not nicht warten, bis wir sie geführt haben. In diesem Sinne sehe ich die Nutzung Tempelhofs als große Notunterkunft und Drehscheibe für geboten.

In der Tat muss die Unterbringung von mehreren tausend Menschen hervorragend vorbereitet werden, denn viele Menschen auf engen Raum unterzubringen und wenn nur für kurze Zeit, ist nicht nur logistisch eine Herausforderung. In ihr liegt ein erhebliches Konfliktpotenzial durch mangelnde Rückzugsräume.

Die Erweiterung der Flüchtlingsunterbringung am Flughafen Tempelhof sollten wir als Kapazitätsvorbau verstehen. Mit dem Ziel, die Drucksituation so zu entspannen, dass in einem geordneten Verfahren neue Unterbringungsmöglichkeiten erschlossen werden können. Zum anderen als zeitlichen Puffer, in dem der Senat durch Modular- und Einfachbauten reguläre Unterbringungsmöglichkeiten auf ver-

nünftigen Standard realisieren kann, um dort dann die Menschen unterzubringen. Es dient gleichwohl der Verhinderung von Obdachlosigkeit.

### „Ideologie ist keine Lösung für die Realität“

Kein Politiker – schon gar nicht vor Wahlen – eröffnet sich mit Freude einen Konflikt, der solche vorausschaubaren Emotionen auslöst wie um das Tempelhofer Feld. Wenn man die politische Klasse vor dreißig oder vierzig Jahren mit der heutigen vergleicht, könnte man sagen: Früher hatte Politik Mut – heute hat sie die Meinungsforschung und genau das ist eine Entwicklung, die fehlerhaft ist.

Politik muss sich gegen alle Stimmung und Probleme und selbst gegen den Mainstream der Wirklichkeit stellen. Ihre Verpflichtung ist, Chancen zu eröffnen und Gefahren abzuwenden, egal ob das das eigene Amt kostet. Schmidt, Kohl (Nato-Doppelbeschluss) und Schröder (Agenda 2010) haben diese historische Haltung bewiesen. Sie muss aber auch Führung, Konzeption und Beteiligung anbieten und in dieser Frage kann man zu Recht, gerade mit Blick auf den Bund, Kritik anbringen.

Wesentlich in der Debatte scheint das Argument, es wäre eine Missachtung der Demokratie, wenn das Parlament ein durch direkte Abstimmung entstandenes Gesetz nun ändere. Das „Volksgesetz“ steht aber in der verfassungsrechtlichen Beurteilung nicht über dem „Parlamentsgesetz“. Das Parlament ist dabei selbst ein durch Volk legitimiertes Organ und bis in die Gegenwart ist es Mehrheitskonsens, dass wir das Modell der repräsentativen Demokratie bevorzugen.

Ein Gesetz, dessen Funktion es ist, Lebenswirklichkeiten zu regeln, kann und darf dabei niemals ein unveränderbares Postulat sein. Anders wären viele Fortschritte, ob in den Bereichen der Gleichstellung oder auch das Recht zu Volksbegehren, an sich niemals entstanden. Gesetze müssen in ihrer Qualifikation sicher einen gewissen Anspruch auf Dauerhaftigkeit und somit Berechenbarkeit haben, aber sie müssen auch dem Wandel der Gesellschaft Rechnung tragen können.

Im Übrigen ist die Behauptung der Initiative 100-Prozent-Tempelhof, dass jenes Änderungsgesetz dann unumkehrbar ist, schon reichlich abenteuerlich. Unabhängig der Tatsache, dass es wohl eine Befristung bis 2019 beinhalten und dann so oder so

wieder Gegenstand der parlamentarischen Beratung wird, kann jedes einfache Parlamentsgesetz jederzeit geändert werden.

Wenn ich heute die aktuelle Debatte verfolge, stelle ich einen ideologisch motivierten Meinungsabsolutismus fest, der mir gewaltig gegen den Strich geht. Auseinandersetzung und Streit sind der Treibstoff jeder Demokratie. Im Kern muss es aber um Sachargumente gehen. Anstatt aber dem anderen anzuhören, seine Argumente zu prüfen, Fakten einzuholen und das eigene Urteil zu prüfen, geht es um Rechthaberei. Viel schlimmer noch werden jene mit abweichenden Argumenten teilweise niedergebrüllt oder in einer Art und Weise herabgewürdigt, wo man schon fragen muss, ob das die heißgeliebte deutsche Leitkultur ist, für die ja einige mit Schwert und Schild ins Feld ziehen.

Genauso fraglich aber ist der Reflex einiger Politiker und politisch Engagierter, jede Form von Kritik, Angst oder Vorbehalt und die Generalanschuldigung des Rechtspopulismus zu stellen. In jedem Menschen ist die Angst gegen das, was nicht vertraut ist, angelegt. Sie ist kein besonderes deutsches Phänomen, sondern in allen Staaten und Kulturen feststellbar. Sie ist auch ein Produkt unserer gesellschaftlichen Entwicklung, in denen wir den Menschen durch TV und Phrasendrescher-Talkshows das „nachdenken“ abgewöhnt haben. Wenn Thilo Sarrazin über niedrige Bildungsniveaus anderer Kulturen schwadroniert (was ich für ziemlich dummes Zeug halte), kann man nur feststellen, dass wie das Absinken von Bildungsständen, der Fähigkeit zur Diskussion, Reflektion und Kritik, wir im eigenen Land ausreichend befördert haben.

Es scheint auch nicht zu interessieren, dass nach den Plänen des Senats nur versiegelte Flächen in Anspruch genommen werden. Vielmehr hört man immer wieder die Aussage, es sei ein „Tritt in das Gesicht des Volkes, denn wir haben gegen die Bebauung entschieden“. Ein Drittel der Wahlberechtigten bei der Tempelhofabstimmung sind genauso wenig ein absolutes „Wir“ wie die Tatsache, dass auch knapp 350.000 Berlinerinnen und Berliner gegen die Pläne eines völligen Bauverbots gestimmt haben.

Die absoluten Perlen der Argumentation sind alle jene Aussagen, die leicht verächtlich von „denen da oben“ oder „der Politik“ sprechen. Politik als Gestaltungsrahmen von Lebenswirklichkeit ist nichts Abstraktes, sondern sie wird von Menschen bestimmt.

Man kann die gestelzte Sprache und eigenen Riten in Parteien kritisieren, aber jede und jeder hat die Chance sich einzubringen, Mehrheiten zu organisieren und Veränderungen herbeizuführen. Zur Ehrenrettung muss man hinzufügen, viele Menschen bringen sich ein. Vielleicht nicht in einer Partei, aber im Verein oder Ehrenamt. Aber jene, die alle zehn Jahre über ein politisches Sekundärinteresse stolpern, da sie sich betroffen fühlen und nun darüber meinen, das Schicksal der Nation entscheide sich daran, sollten sich vielleicht mal mit der Verantwortungsethik von Weber, Kant und Popper auseinandersetzen. Demnach ist jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten moralisch verpflichtet, zum Gemeinwohl beizutragen.

Am Ende werden wir alle verlieren, wenn Politik oder gesellschaftlicher Diskurs nur noch darin besteht, dem anderen mit Ignoranz zu begegnen.

**Jan Hofberg**

**Nachtrag:**

Am Donnerstag, dem 21. Januar, fand in der ehemaligen Abfertigungshalle des Flughafens Tempelhof eine „Bürgerversammlung“ statt. Die Initiative 100-Prozent-Tempelhof hatte über die so genannten „sozialen Medien“ kräftig Stimmung im Vorfeld veranstaltet. Dabei nahm man es erneut nicht so genau mit der Wahrheit. Dominiert wurde die Versammlung von der Initiative, deren Mitglieder mehr durch schlechtes Benehmen als durch schlüssige Argumentationen auffielen. Man kann und soll sogar Politikern gegenüber misstrauisch sein, hassen muss man sie deshalb nicht. Und teilweise hasserfüllt waren die Kommentare. Die Errichtung eines Areals, auf dem 7.000 Flüchtlinge unterkommen sollen, ist natürlich keine Ideallösung. Die Tempelhof-Initiative bleibt jedoch die Antwort nach Alternativen schuldig, die sich sofort realisieren lassen.

Während der Veranstaltung stellte die Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler (SPD), aus ihrer Sicht einige Forderungen an den Senat auf.

„Ich bin als Bezirksbürgermeisterin des zuständigen Bezirks nicht zwingend in allen Themen Entscheidungsträgerin. Die grundsätzlichen Entscheidungen fallen auf Senatsebene. Trotzdem trägt der Bezirk an vielen Stellen Verantwortung und stellt dementsprechend auch Forderungen für eine Reihe von unabdingbaren Rahmenvoraussetzungen:



1. Die Verweildauer sollte in den Hangars so kurz wie möglich sein! Die hier untergebrachten Menschen sollten so schnell wie möglich in neu eröffnete Einrichtungen umziehen. Dafür können dann neu angekommene Flüchtlinge in die Hangars einziehen.

Trotz kurzer Verweildauer muss die Infrastruktur deutlich ausgebaut werden, da die Menschen schon ab dem ersten Tag Bedürfnisse haben. Natürlich benötigen sie Schlafplätze und ausreichende Sanitär- und Waschmöglichkeiten. Platz und Ausstattung für die Erstuntersuchung und die medizinische Versorgung sowie das Impfen müssen genauso zur Verfügung stehen wie Räume für Registrierungen, Beratungen und den Deutschunterricht.

Natürlich geht es nicht nur um die Räume und Ausstattung sondern auch um Menschen, die bei alledem helfen. Die Vermittlung in Willkommensklassen und Betreuung der kleinen Kinder sind ebenfalls räumlich wie personell zu organisieren.

2. Diese Infrastruktur muss vor der Belegung mit den geflüchteten Menschen vorhanden sein! Die vom Landesamt für Gesundheit und Soziales beschlossenen Qualitätsanforderungen bezüglich der Unterbringung müssen mindestens erfüllt sein.

3. Die Arbeit der Ehrenamtlichen muss kontinuierlich organisiert und gut unterstützt werden! Die Ehrenamtlichen leisten viel. Aber dabei müssen sie unterstützt und koordiniert werden.“

Da kann man der Bezirksbürgermeisterin nur Recht geben. Die Senatsvertreter auf dem Podium waren der Bezirksbürgermeisterin sicherlich sehr dankbar für die sachdienlichen Hinweise.

*Foto: Podium der Bürgerversammlung vom 21.01.2016  
V.l.n.r.: Staatssekretär Dirk Gerstle (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales), Staatssekretär Dieter Glietsch (Senatskanzlei), Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler, Staatssekretär Mark Rackles (Senatsverwaltung für Bildung und Jugend), Staatssekretär Christian Gaebler (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung).*